



Niederschrift

zur 20. Sitzung des Integrationsrates der Stadt Lippstadt am 12.02.2019

Sitzungsraum: Sitzungsraum E.08, Ostwall 1, 59555 Lippstadt
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Maria Kitsaki

Vorsitzende

1. stellv. Vorsitzende

Frau Vana Sidiropoulou

1. stellv. Vorsitzende

2. stellv. Vorsitzender

Herr Yilmaz Cavus

2. stellv. Vorsitzender

CDU-Fraktion

Herr Bernhard Bartscher

ordentliches Mitglied

Herr Michael Peter Demmer

ordentliches Mitglied

SPD-Fraktion

Herr Karl-Heinz Brülle

ordentliches Mitglied

Herr Josef Niehaus

ordentliches Mitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Holger Künemund

ordentliches Mitglied

Fraktionslose

Herr Alpai Amet

ordentliches Mitglied

Frau Katerina Cirivello

ordentliches Mitglied

Herr Radoslav Djukic

ordentliches Mitglied

Frau Patricia Hardeel

ordentliches Mitglied

Frau Maria Massidda

ordentliches Mitglied

Verwaltung

Frau Sarah Büttner

Schifführerin

Herr Werner Kalthoff

stellv. Schiffführer

In öffentlicher Sitzung

Die Vorsitzende, Frau Kitsaki, eröffnet die Sitzung und heißt die anwesenden Mitglieder und die Gäste sowie die Presse willkommen.

1. Fragestunde für Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Asylbewerber und Flüchtlinge in der Stadt Lippstadt hier: Förderung von Flüchtlingen bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

044/2019

Frau Kitsaki begrüßt Herrn Hammerschmidt vom Jobcenter, der u.a. als Bereichsleiter Integration für die Betreuung und Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt durch das Jobcenter zuständig ist.

Zur Organisation des Jobcenters weist er darauf hin, dass es keine Stellen gebe, die auf Flüchtlinge spezialisiert sein, sondern alle Mitarbeiter auch für die Integration insgesamt zuständig seien, um eine Gleichbehandlung mit anderen Kunden sicherzustellen. Es gebe lediglich für den Personenkreis der unter 25-jährigen und der über 25-jährigen Kunden eine Aufgabenaufteilung, um sich speziell der Thematik Jugendarbeitslosigkeit zu widmen.

Herr Hammerschmidt präsentiert sodann Daten, die der im Anhang beigefügten Präsentation entnommen werden können. Dabei weist er daraufhin, dass die Integrationsquote in den Arbeitsmarkt insgesamt gesunken ist, die Integrationsquote unter Berücksichtigung von Geflüchteten jedoch gestiegen ist.

Er weist weiter darauf hin, dass eine Integration von Geflüchteten gut gelinge, sofern die Motivation und die Sprachkenntnisse hoch bzw. ausreichend seien.

Ergänzend führt er aus, dass derzeit noch nicht bei allen geflüchteten Menschen ausreichende Sprachkenntnisse für die Aufnahme einer Ausbildung oder auch einer Erwerbstätigkeit gegeben seien. Hierzu macht er deutlich, dass seitens des Jobcenters keine Sprachkurse gefördert werden können, da diese Zuständigkeit beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge liegt.

Auf Nachfragen von Frau Massidda, Herrn Bartscher sowie Herrn Künemund wird mitgeteilt,

- dass die Integrationsquote nur sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten, demnach keine Minijobs, beinhaltet,
- seitens des Jobcenters Vermittlungsbemühungen sowohl für geflüchtete Frauen als auch für Männer erfolgen, wobei vielfach die kulturellen Hintergründe in der jeweiligen Familie berücksichtigt werden müssten. Insoweit informiere hier speziell die Beauftragte für Chancengleichheit über Berufsmöglichkeiten und -chancen; zu diesem Zweck gebe es an jedem Standort Dolmetscher,

- Geflüchtete in alle Sektoren vermittelt werden,
- eine Integration in Zeitarbeit auch erfolge; zumal diese bei Bewährung ein guter Start in ein dauerhafter Arbeitsverhältnis sein könne,
- der Pflegenotstand nicht durch Geflüchtete ausgeglichen werden könne.

Herr Hammerschmidt bestätigt die Aussage von Herrn Brülle, dass die theoretischen Anforderungen an eine Ausbildung hoch seien und weist daraufhin, dass das Sprachlevel B1 nicht ausreiche, um Fachzusammenhänge nachvollziehen zu können; geeigneter wäre das Sprachlevel B2 oder C1. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Form der assistierten Ausbildung seitens des Jobcenters gerne, zum Teil auch mit einer sonderpädagogischen Begleitung, unterstützt werde und hier eine große Nachfrage bestehe.

Auf Nachfragen von Frau Kitsaki und Herrn Cavus zu Sprachkursen wird erläutert, dass es grundsätzlich ausreichende BAMF-Angebote in Lippstadt und im gesamten Kreis Soest gibt, die regelmäßig bis zum sogenannten B2-Abschluss führen. Eine weitere sprachliche Qualifizierung auf Sprachlevel C1 werde derzeit in Lippstadt mangels ausreichender Nachfrage nicht angeboten. Die nächsten Sprachkurse auf Sprachlevel C1 würden aktuell in Soest an der Fachhochschule stattfinden.

Nach einem Hinweis von Herrn Djukic auf fehlende Motivation für einen ausreichenden Spracherwerb, erläuterte Herr Hammerschmidt, dass das Thema vielfach auch für Schulen wichtig sei. Hierzu verweist er auf ein Projekt „Integration durch Austausch“, an dem Jugendliche in der Lippstädter Partnerstadt Uden teilgenommen haben.

Um hier insgesamt eine Veränderung zu erreichen, seien insbesondere Beziehungen, beispielsweise in Form eines persönlichen Coachings, wichtig.

Auf Nachfrage von Frau Kitsaki zum Netzwerk „Integration durch Qualifikation“ wird mitgeteilt, dass das Jobcenter Lippstadt in diesem Projekt aktuell keinen Platz bekommen habe.

3. Umsetzung des Sprachförderkonzeptes der Stadt Lippstadt hier: Gewährung eines freiwilligen Zuschusses an die Graf-Bernhard- Realschule zur Durchführung von Sprachfördermaßnahmen im Zeitraum von September 2019 bis Juni 2020

045/2019

Verwaltungsseitig wird ergänzend angeführt, dass der Schwerpunkt bei Sprachfördermaßnahmen nicht, wie in der Vergangenheit, bei Geflüchteten liegt, sondern aktuell der verstärkte Zuzug von Personen mit Migrationshintergrund bei Fördermaßnahmen im Vordergrund steht.

Auf Nachfrage von Frau Massidda zur Sprachförderung an anderen Lippstädter Schulen wird mitgeteilt, dass verwaltungsseitig diesbezüglich ein enger Austausch mit allen Schulen gegeben sei, diese teilweise andere Prioritäten (u.a. Inklusion von Schülern mit einer Behinderung) verfolgen und aktuell keine ergänzenden Maßnahmen im Sprachförderbereich benötigen.

Sodann beschloss der Integrationsrat ohne weite Aussprache:

- 1. Der Integrationsrat begrüßt ausdrücklich das Engagement des Fördervereins der Graf-Bernhard-Realschule zur Förderung der Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.**
- 2. Der Graf-Bernhard-Realschule bzw. dem Förderverein der Graf-Bernhard-Realschule wird ein freiwilliger Zuschuss der Stadt Lippstadt in Höhe von bis zu 14.350 € zu den erforderlichen Aufwendungen in Höhe von voraussichtlich insgesamt 15.350 € (Personal- und Verwaltungskosten für die eingerichteten Vorbereitungsklassen) im Zeitraum von September 2019 bis einschließlich Juni 2020 gewährt.**
- 3. Der Zuschuss wird unter der Voraussetzung gewährt, dass vom Förderverein der Graf-Bernhard-Realschule ein Betrag in Höhe von 1.000 € getragen wird.**
- 4. Der Förderverein der Graf-Bernhard-Realschule hat die zweckentsprechende Verwendung des Zuschusses bis zum 30.09.2020 nachzuweisen.**

Einstimmig zugestimmt

- 4. Umsetzung des Sprachförderkonzeptes der Stadt Lippstadt hier: Gewährung eines freiwilligen Zuschusses an den Werner-Bohrer-Kreis, Förderverein des Hanse-Kollegs Lippstadt zur Durchführung von Sprachfördermaßnahmen im Zeitraum von September 2019 bis Juni 2020**

046/2019

Ohne weitere Aussprache wurde folgender Beschluss gefasst:

- 1. Der Integrationsrat begrüßt ausdrücklich das Engagement des Hanse-Kollegs Lippstadt bzw. des Fördervereins der Schule zur Förderung der Sprachkompetenz von jungen Erwachsenen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund.**
- 2. Dem Förderverein des Hanse-Kollegs Lippstadt, Werner-Bohrer-Kreis, wird ein freiwilliger Zuschuss der Stadt Lippstadt in Höhe von bis zu 8.400,- € zu den erforderlichen Aufwendungen für die Einrichtung eines Unterstützungskurses/Vorkurses mit Aufwendungen in Höhe von voraussichtlich insgesamt 10.075,- € (Personal-, Verwaltungs- und Sachkosten) im Zeitraum von September 2019 bis einschließlich Juni 2020 gewährt.**
- 3. Der Zuschuss wird unter der Voraussetzung gewährt, dass vom Werner-Bohrer-Kreis als Förderverein des Hanse-Kollegs Lippstadt ein Eigenanteil in Höhe von 800,- € und von den Teilnehmern ein Eigenanteil Höhe von 875,- € getragen wird.**
- 4. Der Förderverein Werner-Bohrer-Kreis hat die zweckentsprechende**

Verwendung des Zuschusses bis zum 30.09.2020 nachzuweisen.

Einstimmig zugestimmt

- 5. Umsetzung des Sprachförderkonzeptes**
hier: **Gewährung eines freiwilligen Zuschusses an die Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Hochsauerland Soest, Jugendmigrationsdienst, Lippstadt zur Durchführung von zwei Sprach- und Kommunikationskursen von Migranten**

047/2019

Frau Cirivello nahm aufgrund von Befangenheitsgründen weder an Beratung noch an Beschlussfassung teil.

Sodann fasst der Integrationsrat folgenden Beschluss:

- 1. Der Integrationsrat begrüßt ausdrücklich das Engagement der Arbeiterwohlfahrt – Jugendmigrationsdienst - zur Förderung der Sprachkompetenz von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund.**
- 2. Im Rahmen der Umsetzung des verabschiedeten Sprachförderkonzeptes wird der Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Hochsauerland Soest - Jugendmigrationsdienst, Lippstadt ein freiwilliger Zuschuss zur Durchführung von**
 - a) einem Sprach- und Kommunikationskursen für junge Migranten in Lippstadt im Alter von 12 bis 27 Jahren im Zeitraum 01.02.2019 bis 31.12.2019 in Höhe von bis zu 2.400,00 €**
 - b) einem Sprach- und Kommunikationskursen für junge Migranten in Lippstadt im Alter von 12 bis 27 Jahren im Zeitraum 01.03.2019 bis 31.12.2019 in Höhe von bis zu 2.100,00 € gewährt.**
- 3. Die Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Hochsauerland Soest - Jugendmigrationsdienst, Lippstadt hat bis spätestens zum 30.03.2020 einen entsprechenden Verwendungsnachweis mit Angaben der Teilnehmer sowie der verausgabten Aufwendungen vorzulegen.**
- 4. Nicht zweckentsprechend verausgabte Zuschussmittel sind zu erstatten.**

Einstimmig zugestimmt

- 6. Exkursion des Integrationsrates zum Thema "Integration"**
hier: **Besuch des Internationalen Gerichtshofes bzw. des Europäischen Gerichtshofes in Den Haag bzw. Straßburg**

048/2019

In der letzten Sitzung wurde angeregt, entweder den Internationalen Gerichtshof in Den Haag oder den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg zu besuchen.

Verwaltungsseitig wird über die Möglichkeiten der Umsetzung der angeregten Vorschläge berichtet. Als zusätzliche Alternativen werden verwaltungsseitig das Europäische Parlament in Straßburg sowie verschiedene Rundgänge zum Thema „Integration“ innerhalb verschiedener Städte in Deutschlands vorgestellt.

Nach Vorstellung der Vorschläge herrscht bei den der Mitgliedern dahingehend Einvernehmen, dass unter den gegebenen Umständen (Nichtöffentlichkeit der Sitzungen beim Internationalen Gerichtshof, Sitzung im Europäischen Gerichtshof lediglich auf Englisch und Französisch u.ä.) ein Besuch des Internationalen Gerichtshofs sowie des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nicht in Betracht kommt.

Der Vorschlag, das Europäische Parlament in Straßburg zu besuchen, erfährt allgemeine Zustimmung.

Nach einer weiteren ausführlichen Diskussion wird als Termin für die Fahrt der Zeitraum vom 25.11.-28.11.2019 in Betracht gezogen. Die Verwaltung wird gebeten, eine Umsetzung des Vorschlags mit Übernachtung (ggf. mit zwei Übernachtungen) zum genannten Termin im Detail zu prüfen.

**7. Entwicklung der Einwohnerzahl in Lippstadt
hier: Information zur Zahl der ausländischen Einwohnerinnen
und Einwohner im Jahr 2018**

049/2019

Verwaltungsseitig wird über die Entwicklung der Einwohnerzahl, insbesondere der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner, im Jahr 2018 berichtet.

Auffällig sei, dass ausländische Einwohner in Lippstadt im Verhältnis zur gesamten Einwohnerschaft deutlich jünger seien. Dies würde sich insbesondere in der Altersklasse der 20 bis 40-jährigen Personen sowie der über 65-jährigen widerspiegeln. Zu Details wird auf die im Anhang beigefügte Präsentation verwiesen.

Herr Bartscher merkt an, dass in der Vergangenheit viele Menschen aus den neuen Bundesländern zu Erwerbszwecken in die alten Bundesländer gezogen seien. Aktuell würde dies erstmalig umgekehrt sein.

Auf Nachfrage von Herrn Brülle nach den Zuzügen von Spätaussiedlern wird mitgeteilt, dass im letzten Jahr mehr Zuzüge von Spätaussiedlern als von Geflüchteten nach Lippstadt zu verzeichnen waren, beides jedoch auf einem relativ geringen Niveau. Auf Nachfrage von Herrn Niehaus wird ausgeführt, dass insbesondere viele ältere Ausländer wieder in ihr Heimatland zurückgehen.

**8. Veranstaltung "Begegnung der Kulturen" am 15.06.2019
hier: Informationsstand des Integrationsrates
050/2019**

Verwaltungsseitig wird nach dem Wunsch eines eigenen Info-Standes des Integrationsrates auf der Veranstaltung „Begegnung der Kulturen“ in diesem Jahr gefragt. Die Mitglieder sind sich einig, einen solchen Stand dieses Jahr nicht einrichten zu wollen. In der Vergangenheit war dies lediglich aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums der Fall.

Herr Kalthoff weist weiterhin daraufhin, dass der Rathausplatz aufgrund einer Baustelle im Bereich der Marktstraße eingeschränkt zur Verfügung stehen wird. Auf verschiedene Nachfragen, die Stände ggf. an anderer Stelle unterzubringen, wird darauf verwiesen, dass die Möglichkeiten von der Verwaltung geprüft werden. Die Planungsphase für die Veranstaltung startet in Kürze.

Weiterhin wird angemerkt, dass der Moderater aus dem letzten Jahr bereits für dieses Jahr wieder im Gespräch ist.

9. Berichte der Mitglieder des Integrationsrates aus den Fachausschüssen

Frau Kitsaki berichtet, dass die Veranstaltungsreihe „Frauen in die Gremien“ ab März beginnt und die Auftaktveranstaltung bereits am 25.01.2019 stattgefunden hat. Die Kurse sind ausgebucht.

10. Verschiedenes

Frau Cirivello spricht eine herzliche Einladung zu der Veranstaltung „Tag gegen Rassismus“ aus, die am 21.03.2019 stattfinden wird.

Herr Kalthoff teilt mit, dass die KOMM-AN – Förderung auch im Jahr 2019 weiter läuft.

Verwaltungsseitig wird weiterhin über ein Seminar zu Rhetorik für Integrationsräte, welches am 15.03. und 16.03.2019 stattfindet, berichtet. Interessenten sollen sich dazu bei Herrn Kalthoff melden.

Herr Djukic regt an, den Vorsitzenden des Landesintegrationsrates NRW zu einer Sitzung einzuladen.

Ende der Sitzung um 19.45 Uhr.

gez. Maria Kitsaki
Integrationsratsvorsitzende

gez. Sarah Büttner
Schriftführerin